

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

25.05.2022

Inhalt

EWN

1 Wirtschaft in MV blickt mit Sorgen auf die Zukunft <i>nordkurier.de, 24.05.2022</i>	3
2 Ratlosigkeit im Atom-Lostopf <i>Landeszeitung für die Lüneburger Heide, 25.05.2022</i>	4

Wirtschaft in MV blickt mit Sorgen auf die Zukunft

Der Krieg in der Ukraine trifft auf regionale Unternehmen, die noch mit den Folgen der Corona-Einschränkungen kämpfen. Jetzt fallen Entscheidungen mit Folgen für die nächsten Monate.

Neubrandenburg. In der Corona-Pandemie hatten Hotels, Gaststätten, Veranstalter und Teile des Handels im Nordosten schwer zu leiden – jetzt sieht auch die Industrie zwischen Müritz und Greifswalder Bodden angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine schweren Zeiten entgegen. „Eigentlich wäre jetzt die Zeit für Investitionen“, sagte Torsten Haasch, Hauptgeschäftsführer der IHK Neubrandenburg, bei der Vorstellung des aktuellen Konjunkturberichts für die regionale Wirtschaft. Doch die sich abzeichnenden Risiken für die Entwicklung der Unternehmen seien so groß, dass vielfach dringende Investitionen auf Eis gelegt würden.

Mehr als ein Drittel der Unternehmen rechnet mit

schlechten Geschäften

Haasch spricht von einem traurigen Höchstwert, wenn 38 Prozent der Firmen laut Umfrage mit schlechteren Geschäften in den nächsten Monaten rechnen. „Energiesicherheit wird das dominierende Thema“, erklärte er. Dazu zählten neben einer zuverlässigen Versorgung auch die Höchstpreise für Strom, Gas und Kraftstoffe.

Die Auftragsbücher seien zwar gut gefüllt, allerdings würden die Unternehmen mit bisher ungekannten Kostensteigerungen bei Energie und Zulieferprodukten konfrontiert. Davon seien bis zu 85 Prozent aller Unternehmen betroffen. „Es gelingt den meisten angesichts langfristiger Verpflichtungen in Verträgen nicht, diese Zuschläge weiterzugeben“, so Haasch.

📰 Landeszeitung für die Lüneburger Heide | 25.05.2022 | S. 3

📄 Auflage: 24.902 | Reichweite: 64.333

👤 Joachim Zießler

Ratlosigkeit im Atom-Lostopf

Ein aktuelles Gutachten der Kreise Lüneburg, Harburg und Uelzen sieht eine dürftige Datenlage bei Suche nach Endlager

Lüneburg. Wer so viele Kugeln in der Lostrommel für das künftige Atomendlager hat wie die Region Lüneburg, tut gut daran, zu überprüfen, ob die Kugeln regelgerecht fallen. Fünf Salzstöcke unter dem Boden des Landkreises Lüneburg sind bei der ersten Vorauswahl nicht als ungeeignet ausgesiebt worden. Dazu kommen die in Norddeutschland allgegenwärtige Tonschicht und eine sichelförmige, flache Steinsalzstruktur, die Lüneburg umschließt. Nimmt man mögliche Standorte für Deutschlands Atommüll in den Kreisen Uelzen und Harburg hinzu, sind es insgesamt 13. Grund genug für die drei Kreise, ein eigenes Gutachten in Auftrag zu geben. Das wurde nun Kreistagsmitgliedern vorgestellt. Sein Tenor: Die Methodik der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) ist korrekt, die Datenlage aber noch viel zu dürftig. Und an einigen Stellen setzt es kräftige Fragezeichen.

Dr. Bernd Redecker vom Lüneburger Aktionsbündnis gegen Atomanlagen zeigte sich „echt begeistert“ von der Veranstaltung im Begleitausschuss des Kreistages. „Mit der Firma DEEP.KBB hat sich der Landkreis einen Gutachter ins Boot geholt, mit dem man weiter arbeiten kann.“ Und wie die Moderation den Bürgern Raum für ihre Fragen eingeräumt habe, „war ganz großes Kino im Sinne der Beteiligung auf Augenhöhe“.

Der „Zwischenbericht Teilgebiete“ der BGE ließ 54 Prozent der Bundesfläche im Atom-Lostopf – und in den betroffenen Regionen Ratlosigkeit zurück. Zu komplex ist das Für und Wider, mit dem Geologen die Tiefen unter uns auf ihre Eignung als Atomendlager abklopfen. Die Salzstöcke Gorleben und Sumte fielen auf Anhieb durch, Helgoland und die Großstädte Bremen und Nürnberg blieben dagegen drin. In Winsen, Lüneburg und Uelzen war man sich einig: Ein eigenes Gutachten sollte klären, ob die Standorte zu Recht als Optionen gelten und die geologischen Fakten für die Öffentlichkeit verständlich aufbereiten.

Am 14. Dezember beauftragten die drei Kreise das Ingenieurbüro DEEP.KBB aus Bad Zwischenahn, das seit 1971 vor allem bei Tiefbauprojekten tätig ist. Die Prü-

fung erfolgte anhand der verfügbaren Unterlagen und im Abgleich mit den Vorgaben des Standortauswahlgesetzes. Das Ergebnis: Nach den Kriterien des BGE spricht bei den bisher benannten potenziellen Standorten der Region – noch – nichts gegen eine Eignung als Endlager. Aber: Manche Annahmen etwa über die Mächtigkeit von Tonschichten und Ausdehnung von Salzstöcken werteten die Gutachter als „optimistisch“.

Bis 2031 soll der bestmögliche Standort gefunden sein, um die strahlende Altlast zu vergraben, ab 2050 soll das Endlager gebaut werden – eigentlich. Im Umweltausschuss des Bundestages wurden jüngst Zweifel laut, hinkt das Verfahren doch offenbar Jahre hinterher.

Noch gibt es viele offene Fragen: Beschert der Salzstock, der Lüneburg einst reich machte, der Stadt nun das Endlager? Der Aufstieg des Salzes drückte das Gestein „Röt/Muschelkalk“ nach oben, darin: flaches Steinsalz, in dem Castoren eingelagert werden könnten. Doch die Tiefbauingenieure aus Bad Zwischenahn lassen Skepsis durchscheinen: Es könnte zu tektonischen Bewegungen kommen, wenn das Salz weiter aufsteige. Auch sollte der Einfluss der nahen Senkungsgebiete geprüft werden. Zudem könnte die sichelförmige Form der Gesteinsformation „suboptimal für die Errichtung eines Endlagers“ sein.

Zum Tongestein in den Tiefen der Region – ein Überbleibsel urzeitlicher Meere, in denen sich Tonsedimente abgesetzt haben – verwiesen die Experten auf 200 Bohrungen, die sehr wahrscheinlich machten, dass die Tonschicht zumeist 200 Meter mächtig ist, also mehr als die 100 Meter, die für ein Endlager als Mindestanforderung gelten. Auch die 10 Quadratkilometer Fläche, die für ein Endlager im Ton veranschlagt werden, dürften zu finden sein.

Im Winsener Ortsteil Bahlburg ist die Aufregung groß, weil der dortige Salzstock zum Pilotsalzstock zur Methodenentwicklung erhoben wurde. Zwar fanden die Gutachter eine Störung im 25 Meter mächtigen „Hut-

gestein“ der Salzstruktur, also quasi seiner Abdeckung nach oben. Zum Ausschlusskriterium für ein Endlager taugt das allerdings vorerst nicht, weil derartige Störungen in Salzstöcken normal seien, weil die Störung sich vermutlich nicht bis in das Salzgebirge fortsetzt, weil sie seit mindestens 34 Millionen Jahren inaktiv war und sie mindestens 300 Meter unter der Geländeoberkante liegt. Zweifel an der Barrierewirkung des Deckgebirges rechtfertigten die bisher vorliegenden Daten jedenfalls nicht. Zwar wurde im Bereich des Salzstocks Bahlburg elf Mal gebohrt, dennoch gelte hier, wie an den anderen möglichen Standorten, dass es an Wissen über den internen Aufbau des Salzstocks fehle. Für ein Endlager bräuchte es eine große, reine Steinsalzstruktur. Aus dem über hundertjährigen Salzabbau in Deutschland sei aber bekannt, dass viele Salzstöcke eine „Marmorkuchenstruktur“ aus wechselnden Schichten von Kalisalz und Anhydrit aufweisen, die für die Endlagerung nicht geeignet wäre.

Redecker: „Bisher kamen alle Geologen, mit denen ich

gesprächen habe – und auch die DEEP.KBB-Experten schrieben das – zu dem Ergebnis, dass man ohne Bohrungen nichts Seriöses zum inneren Aufbau sagen kann.“

Unter Tage erkundet, also gebohrt werden soll nach der bisherigen Planung aber erst, nachdem die jetzt noch 90 Teilgebiete auf etwa zehn oder noch weniger reduziert wurden.

Vorerst bleibt es dabei: Die hiesigen Gebiete bleiben im Lostopf. Also die Tonschichten der Region, die flache Salzstruktur um Lüneburg und die Salzstöcke Bahlburg, Egestorf-Soderstorf, Wettenbostel/Ebstorf, Rosenthal, Horndorf, Rosche-Thondorf, Meckelfeld, Niendorf II/ Wieren/ Bodenteich und Stemmen/Otter-Todtshorn.

Für die Frage, welche die geeignetsten zehn Gebiete in Deutschland sein, „fehlen nicht nur die Daten“, meint Redecker, „sondern auch plausible Entscheidungsmethoden“.